



„Wolnzach braucht mehr Innovationen!“ Starke BGW-Veranstaltung zum politischen Aschermittwoch

Welche politische Gruppierung verfügt schon über ein eigenes Wahllokal? Marktgemeinderat Max Wallner hatte seine derzeit pächterlose Gaststätte ein wenig aufgehübscht und lud mit der BGW dort zum politischen Aschermittwoch ein. Die zentralen Themen: Wirtschaft und Finanzen, Bauen und Wohnen, die fehlende Transparenz der regierenden Allianz von CSU und Freien Wählern und natürlich auch der ominöse Rechnungsprüfungsbericht.

Von Wolfgang M. Seemann

Max Wallner setzte sich gleich einmal die „rosarote Brille“ all jener Marktgemeinderäte auf, die den Rechnungsprüfungsbericht gar nicht gelesen haben und so die Probleme gar nicht kennen, auf denen sich das wirtschaftliche Fundament Wolnzachs gründet. Bei Fischsemmeln, Limo und Freibier geizte Wallner dann nicht mit harscher Kritik an den Marktgemeinderäten, die in ihrem Vertrauen in die Arbeit der Verwaltung betriebsblind würden: „Jeder im Rathaus fordert mehr Transparenz, aber kein Gemeinderat will sie wirklich haben.“

Zunächst aber überließ Wallner dem BGW-Bürgermeisterkandidaten das Podium. Jürgen Bereswill nutzte die Gelegenheit, sich einmal ausführlich und ohne ein enges Zeitlimit als „bodenständiger und unabhängiger“ Projektmanager zu präsentieren.

Der 58jährige empfahl sich als erfahrene „Führungspersönlichkeit mit Fingerspitzengefühl“. Als künftiger Bürgermeister könne er aber – wenn nötig – „auch mal auf den Tisch hauen“. Er wolle Wolnzach familien- jugend- und seniorengerecht gestalten und mit seiner „Connection“ aus der Industrie neue Arbeitsplätze in Wolnzach ansiedeln.

Auch in Sachen „Transparenz“ hat Bereswill klare Vorstellungen: Regelmäßige Bürgersprechstunden – auch vor den Sitzungen des Gemeinderates – und ein Infoblatt der Gemeinde sollen die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, zu verstehen, worüber in den Gremien im Rathaus beraten wird. Diese Beratungen sollten dann



BGW-Listenkandidatin Mandy Köhler sprach über Kindergärten und genossenschaftliches Wohnen. (re.: Max Wallner und Jürgen Bereswill) Foto: Seemann

auch in einer neuen und konstruktiven Gesprächskultur stattfinden.

Der scheidende Marktgemeinderat Matthias Boeck stellte seine Gedanken zur Marktentwicklungsgesellschaft (MEG) vor und beklagte, dass dieses an sich kluge Projekt von der CSU leider ausgebremst wurde. Boeck, der dem Gemeinderat seit 1987 angehört, richtete einen Appell an SPD, Grüne, FDP, Freie Wähler und die unabhängigen Gruppierungen, gemeinsam an neuen

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Editorial:

Wählen gehen – unbedingt ! Seite 2

Aus dem Gemeinderat

Seite 2

Interview mit Jürgen Bereswill:

Mit Selbstbewusstsein und sehr viel Optimismus Seite 2

Überörtlicher Prüfbericht:

Hat Bürgermeister Machold seine Kompetenzen überschritten? Seite 3

Totales Versagen:

Urteil zum Garaus-Weiher zeigt haarsträubende Fehler des Bürgermeisters und seiner Verwaltung auf. Seite 4

Wissen aus Wolnzach:

Power-to-Diesel Seite 6

Klarstellung:

Wer hat den Prüfbericht weitergegeben? Peter Rech: Ich war es nicht! Seite 7

Markt-Entwicklungs-Gesellschaft:

Was ist aktuell eigentlich mit der MEG los? Seite 8

Impressum

Seite 8

Ideen zu arbeiten. Boeck: „Wolnzach braucht mehr Innovationen!“

Fachlich detailliert berichtete Listenkandidatin Mandy Köhler (Liste 7, Platz 4) über ein Modellprojekt, eines Kindergarten-Neubaus in Olching, aufgestockt mit kommunalen Wohnungen. Sie plädierte dafür, dass man künftig auch Banken und Investoren viel stärker zur Schaffung von genossenschaftlichem Wohnraum einbinden müsse.

Mehr zu den wichtigsten Themen des Abends finden Sie auf den folgenden Seiten!

Editorial:

Wählen gehen – unbedingt !!!

Liebe Wolnzacher*innen,

am Sonntag, 15. März 2020, finden in Bayern Kommunalwahlen statt und Sie dürfen mit darüber entscheiden, wer für die kommenden sechs Jahre als Bürgermeister und als Marktgemeinderat in das Wolnzacher Rathaus einzieht.

Kommunalwahlen sind Persönlichkeitswahlen. Bei keiner anderen Wahl sind uns die Kandidat*innen so nah. Es sind die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde, die über unsere ganz persönlichen Anliegen entscheiden und das Wohl unseres Marktes Wolnzach gestalten wollen.

Vielleicht aber ist der eine oder die andere eher enttäuscht von der politischen Stimmung und von den Entscheidungen im Gemeinderat und überlegt ob er/sie überhaupt zur Wahl gehen soll? Andere fühlen sich vielleicht besonders klug, wenn sie zur Wahl gehen, aber die Stimmzettel bewusst ungültig machen. Man kennt das: Diese Leute schreiben dann auf den Stimmzettel „Der Trog ist der gleiche, nur die Säue wechseln“ oder ganz scheinheilig „Jesaja 41, Vers 24“.

Wirklich verändern aber lässt sich damit nichts. Veränderungen gibt es nur, wenn möglichst viele ihre Stimme abgeben. Unser demokratisches Wahlrecht ist ein hohes Gut, das es keineswegs überall auf der Welt gibt. Nehmen Sie dieses Recht wahr! Gehen Sie zur Wahl und entscheiden Sie – taktisch klug und besonnen – es lohnt sich!

Ich wünsche Ihnen eine erbauliche Lektüre, Ihr



Aus dem Marktgemeinderat

Inhaltlich gestritten wurde vor allem um den Bebauungsplan für den Neubau eines sechsgruppigen Kindergartens am Wiesensteig. Knackpunkte waren zum einen die ungeklärte Verkehrerschließung sowie ein Antrag Max Wallners, den Neubau mit gleichzeitiger Wohnbebauung aufzustocken. Das ging nicht, meinte Machold, denn das Grundstück sei der Gemeinde unter der Maßgabe der Errichtung einer sozialen Einrichtung von der Kirche in Erbpacht überlassen worden. Wallner freilich überzeugte das nicht.

Die problematische Verkehrssituation im Umfeld beleuchteten Marianne Strobl (SPD) und Peter Rech (BfW). Rech befürchtete, dass der ganze Schwerlastverkehr am Kindergarten vorbeiführen werde und verlangte Einsicht in ein Verkehrsgutachten. Daran werde noch gearbeitet, so Machold. Bei drei Gegenstimmen (Matthias Boeck, Peter Rech und Max Wallner) wurde der Beschlussvorschlag verabschiedet. wms

BGW-Kandidat Jürgen Bereswill im Interview:

Mit Selbstbewusstsein und Optimismus ins Bürgermeisteramt

Seit Dezember ist Jürgen Bereswill immer wieder in der Marktgemeinde Wolnzach zu Gast – quasi als eine Art „Neubürger auf Probezeit“. Wir möchten gerne wissen, wie er sich im Herzen der Hallertau eingelebt hat und wie er sich hier seine politische Zukunft vorstellt. Wir sprachen mit dem Bürgermeisterkandidaten nach der BGW-Veranstaltung zum politischen Aschermittwoch.

Marktinfor: Herr Bereswill, heute sind Sie einmal nicht zur Gemeinderatssitzung nach Wolnzach gekommen, sondern quasi zu einem Heimspiel im BGW-eigenen „Wahllokal“. Ihr Eindruck heute?

Jürgen Bereswill: Die Wolnzacher sind schon echte „Hunde“: Da hatten wir einen erstaunlich milden Winter mit einigen bemerkenswerten Biergartentagen und schon stellen die Wolnzacher gleich hier gegenüber, rund um's Hopfenmuseum, ein paar Stangerl mehr auf, um die Hopfenproduktion zu erhöhen. Das finde ich echt clever!

Marktinfor: Sie meinen das Gerüst zur Dachsanierung?

Bereswill (lachend): Ja – rein faktenbasierend kann man das auch so sehen.

Die Hopfenstangen aber sind für die Pflanzen schließlich auch nichts anderes als ein Gerüst.

Marktinfor: Okay, ich sehe, Sie mögen Fakten! Der „Normalbürger“ kennt Wolnzach vielleicht bestenfalls als Zusatz-Ausschilderung am Autobahndreieck Holledau an der A9/A93. Was treibt gerade Sie aus der schwäbischen Alb kommend dazu an, hier in der Marktgemeinde für den Bürgermeisterposten zu kandidieren?

Bereswill: Die reizvolle Aufgabe als Bürgermeister in einer hochindustrialisierten und dennoch ländlichen Region, die herzliche bayerische Bevölkerung, und Wolnzach ist ja einer der 100 Genusorte in Bayern – da fühlt sich jeder Schwabe einfach wohl.

Marktinfor: Waren Sie zufrieden mit der heutigen Veranstaltung?

Bereswill: Der doch etwas maue Besuch der Veranstaltung war sicher nicht optimal. Das lag gewiss wohl auch daran, dass die Post unser Einladungsschreiben an die Jungwähler zu spät zugestellt hat. Und der etwas ungemütliche Kälteeinbruch heute tat sein Übriges. Aber mit denjenigen, die da waren, lief es sehr gut

und wir hatten auch nach dem offiziellen Teil einige spannende und äußerst zielführende Gespräche.

Marktinfor: Worum ging's dabei?

Bereswill: Ein Kernthema des Abends war der Rechnungsprüfbericht und die erst auf Druck der BGW mit Hilfe der Regierung von Oberbayern gewährte Möglichkeit zur Einsichtnahme. Der Listenführer, Herr Wallner, monierte zudem, dass BGW-Anträge bisweilen „verschleppt“ und kritische Warnungen, etwa zum Umbau der Siegelhalle, nicht gehört würden.

Marktinfor: Was sind die positiven Dinge in Wolnzach, wo Sie sagen: Da kann ich -ja, da muss ich und da will ich unbedingt meinen Input einbringen?

Bereswill: Wolnzach hat ja mit dem Hopfenmuseum und dem „Museum der Hand“ einige kulturelle Highlights zu bieten. Die große Chance, das Händemuseum ins Ortszentrum zu bringen, hat die Gemeinde leider versäumt. Hier sollten wir nach Alternativen suchen. Auch dem Theaterbrettl müssen wir mehr Aufmerksamkeit zu teil werden lassen. Es fehlt in Wolnzach ein attraktiver großer Veranstaltungssaal. Diese Dinge müssen wir anpacken.

Marktinfo: Gibt es auch Dinge, die Sie in den politischen Sphären der Marktgemeinde etwas verwundern oder vielleicht gar auch ein wenig irritieren?

Bereswill: Ich habe seit Dezember an allen öffentlichen Gemeinderatssitzungen teilgenommen. Ich bin sehr verwundert, auf welchem kommunikativen Niveau diese Sitzungen abgehalten werden! Den Stil und den Umgangston zwischen dem Bürgermeister und den Ratsmitgliedern sowie den fehlenden Respekt untereinander empfinde ich als beschämend.

Marktinfo: Im Kommunalwahlkampf gibt es ja einige Kernthemen, die alle Kandidaten nicht ausklammern dürfen. Es geht den Bürgerinnen und Bürgern um Wohnraum, es geht um Arbeitsplätze, um Mobilität und letztlich um Lebensqualität. Wie sind Ihre Vorstellungen dazu, wie wollen Sie als künftiger Bürgermeister diese Probleme anpacken?

Bereswill: Wir haben das Problem, dass Mietkosten und Einkommensverhältnisse nicht mehr zusammenpassen. Junge Familien brauchen Impulse und Alternativen ausgehend vom Rathaus! In der Marktgemeinde und im Gewerbegebiet Bruckbach brauchen wir Unternehmen, die bei geringem Flächenverbrauch Arbeitsplätze schaffen, also kleine Mittelstandsunternehmen mit neuen Technologien. Meine Kontakte zur Industrie will ich nutzen und mir bekannte Unternehmen dort ansiedeln! Aber auch Ökologie, Umweltschutz und möglichst auch ein CO₂-neutraler Verkehr sind mir wichtig! Als Bürgermeister kann ich natürlich nicht, wie manche von sich behaupten, die Welt retten. Aber wir können dazu beitragen, dass die Arbeit der Landwirte respektiert wird und sie ihre Produkte zunehmend auch direkt in Wolnzach vermarkten können.

Marktinfo: Zum Beispiel?

Bereswill: Der Wochenmarkt muss attraktiver werden. Er gehört direkt auf den Marktplatz und nicht versteckt hinter dem Rathaus. Und wir brauchen dort nicht unbedingt mehr Anbieter von auswärts. Der Wochenmarkt sollte in erster Linie den heimischen Erzeugern, den Wolnzacher Bäckern und Metzgern, eine Plattform bieten. Und dazu gleich noch eine Bitte, liebe Wolnzacher: Kauft in der Marktgemeinde ein, wenn es Euch möglich ist. So stärkt ihr unsere örtlichen Läden und unsere Gewerbetrieben. Tragt Euer Geld nicht in den Supermarkt nach Ingolstadt.

Marktinfo: Fassen Sie bitte in kurzen, knackigen Worten zusammen, welche Erfahrungen, welche Stärken Sie für das Amt des Bürgermeisters mitbringen!

Bereswill: Ich bin hierher gekommen, um Bürgermeister zu werden und die Markt-

gemeinde wirtschaftlich, umweltbewusst und zukunftsorientiert zu führen. Mein Tätigkeitsfeld in den letzten 20 Jahren lag im Projektmanagement, hauptsächlich in der Automobilindustrie und Medizintechnik. Dazu gehört es, Projekte zu organisieren,



Jürgen Bereswill (links) im Gespräch mit Marktinfo-Redakteur Wolfgang Seemann

Sitzungen zu moderieren, mich immer wieder in neue Themen einzuarbeiten und mich in andere Sichtweisen hinein zu denken. Das sind wertvolle Erfahrungen, die ich mitbringe!

Überörtlicher Prüfbericht:

Hat der Bürgermeister seine Kompetenzen überschritten?

Über den Ärger um den Prüfbericht ist schon viel geschrieben worden. Doch der Bürger ist weiterhin ratlos: Was steht denn nun in dem offensichtlich so brisanten Text- und Zahlenwerk? Niemand weiß es wirklich. Denn die wenigen Marktgemeinderäte, die sich ihr nach Artikel 102, Abs. 4 der Gemeindeordnung verbrieftes Recht mittels Einschaltung der Regierung von Oberbayern erstritten und ihre Einschichtnahme wahrgenommen haben, schweigen. Sie sind dazu verpflichtet.

Das wenige, was über den *Pfaffenhofer Kurier* an die Öffentlichkeit gelangt ist, klingt relativ harmlos. Demnach scheint ja alles in Ordnung zu sein – oder etwa nicht? Vielleicht wurden ja ganz gezielt nur Belanglosigkeiten und vermeintlich positive Dinge der Presse übergeben?

Tatsache aber ist, dass wohl bestenfalls ein kleiner Teil dessen, was im überörtlichen Prüfbericht drinsteht, für jedermann nachvollziehbar veröffentlicht werden wird. Dies aber leider auch erst nach der Wahl, stellte Marktgemeinderat Max Wallner bei der BGW-Veranstaltung zum kommunalpolitischen Aschermittwoch auf eine Anfrage aus dem Publikum klar!

Marktinfo: Sie ahnen es gewiss schon – diese Frage darf schließlich bei keinem Bewerbungsgespräch fehlen: Wo liegen Ihre Schwächen?

Bereswill: Anlügen sollte man mich nicht unbedingt, das kommt nicht so gut an! Nicht alles, was wahr ist, müssen Sie mir sagen. Aber alles, was Sie mir sagen, muss wahr sein.

Marktinfo: Wie ist Ihr Gefühl kurz vor der Wahl? Rechnen Sie sich Chancen aus?

Bereswill: Es sieht nicht so gut aus für Herrn Machold. Er hat wohl sein Pulver in den letzten zwölf Jahren verschossen. Es ist überall eine Wechselstimmung zuspüren und darauf setze ich. Aber ich rechne damit, dass ich am 15. März ein super Ergebnis erziele. Und dann, am 29. März bei der Stichwahl, werde ich gewinnen!

Marktinfo: Das klingt ja äußerst selbstbewusst und sehr optimistisch! Ich bedanke mich für das Gespräch und auch von meiner Seite: Viel Erfolg!

Kritische Fragen zum Prüfbericht stellt Marktgemeinderat Peter Rech dennoch immer wieder. Und die Beharrlichkeit, mit der Bürgermeister Machold diese stets abblockt, macht irgendwie misstrauisch. Macholds ausweichendes Handeln lässt dessen Strategie vermuten: Er darf eventuell notwendige Beschlüsse für Nachtragshaushalte nicht vorsätzlich verschleppen. Aber er könnte es einfach versehentlich vergessen oder übersehen haben, sie fristgerecht auf die Tagesordnung zu setzen.

Wenn sich ein Prüfbericht schon so ausführlich mit den Finanzen der Gemeinde beschäftigt (siehe Bericht der örtlichen Zeitung vom 6. September 2019), dann sollte es der Gemeinderat auf jeden Fall auch tun! Den Zeitungsbericht sollte man auch zwischen den Zeilen lesen!

Nähere Details aus dem Prüfbericht liegen auch uns freilich nicht vor. Peter Rech und Max Wallner schweigen sich ja auch gegenüber dem **Marktinfo** aus. Da scheint sich doch mehr dahinter zu verbergen als nur „ein leichtes Geschmäcke“. Das riecht eher nach einem in weiten Teilen äußerst skandalösen Finanzgebaren.
Wolfgang M. Seemann

Art. 102, Abs. 4, Gemeindeordnung:

„Die Gemeinderatsmitglieder können jederzeit die Berichte über die Prüfungen einsehen.“

Totales Versagen:

„Verstoß gegen Treu und Glauben“ – „Prozessverschleppung“ – „Verwirkung“

Garaus-Urteil zeigt haarsträubende Fehler des Bürgermeisters und der Verwaltung

Zu gerne wollte Bürgermeister Jens Machold das Urteil zum Garaus-Grundstück unter Verschluss halten. Auch für die Marktgemeinderäte war es nicht zugänglich und so erfuhren auch die Räte nichts zu seinem brisanten Inhalt. Die Rechtsaufsicht in Pfaffenhofen half auch nicht. Inzwischen ist die Entscheidung des Verwaltungsgerichts München – wenn auch in anonymisierter Form – für jedermann öffentlich zugänglich.

Wer den Urteilstext liest, versteht die Gründe, warum Machold diese Gerichtsentscheidung bislang als strenge Verschluss-Sache behandelte: Schon allein die „Schlagworte“ unter denen das Urteil in der Datenbank des Gerichts eingeordnet wird – *Verstoß gegen Treu und Glauben, Prozessverschleppung, Verwirkung* – werfen ein bezeichnendes Licht auf eine haarsträubende Kette von (Frist-)Versäumnissen, rechtlichen Fehleinschätzungen und Verschleppungsversuchen des Bürgermeisters und seiner Verwaltung. Machold ist Jurist und verfügt über eine Anwaltszulassung (*diese ruht zur Zeit*), wie er immer wieder durchblicken lässt. Und so fragt man sich: Dürfen einem rechtskundigen Bürgermeister derartige Fehler und Versäumnisse unterlaufen?

Zur Vorgeschichte: Seinen Namen verdankt das Grundstück dem einstigen Gasthaus „Zum Garaus“ an der Preysingstraße – einer Wirtschaft mit Biergarten und einem eigenem Weiher. Das Grundstück bildete inmitten des Ortes ein Biotop mit wertvollen Pflanzen, Fischen und Insekten. Und das hätte man nicht so einfach platt machen dürfen, klagte ein Nachbar. Der Schacht zu dem Privatkanal, der durch sein Grundstück in Richtung Ledererweg verläuft, sei immer voll mit frischem Wasser gewesen und gelegentlich schwammen dort sogar Forellen.

Doch obwohl man hier Quellen vermutete, die den Weiher speisten, fragte ein Bauträger bei der Gemeinde an, ob er hier Mehrfamilienhäuser errichten dürfe. Die Verwaltung stimmte der Erfüllung des Teiches ohne Wissen der Marktgemeinderäte zu und so erging der Vorbescheid vom 6. Oktober 2016. Das fehlende Einvernehmen der Gemeinde wurde von der Baugenehmigungsbehörde ersetzt, und damit nahm das Schicksal seinen Lauf.

Der Vorbescheid klammerte antragsgemäß lediglich die Lage der Stellplätze aus. In einer Stellungnahme des Was-

serwirtschaftsamtes nämlich wurde das Grundstück als Sonderfall eingeordnet, da es sich um einen verfüllten Fischweiher handele und schwierige Baugrund- und Grundwasserverhältnisse beständen.

Die ursprünglich mitbeantragte Tiefgarage entfiel deshalb. Von der ursprünglichen Planung einer Tiefgarage erfuhren die Gemeinderäte erst jetzt



Wo jetzt der Rohbau neuer Wohnhäuser steht, befand sich vor wenigen Jahren noch ein Biotop. Das hat die Gemeinde einfach plattgemacht. (Foto: W.Seemann)

durch das Urteil (*soviel nebenbei zur Informationspolitik der Verwaltung!*). Sowohl der Vorbescheid als auch der Änderungsbescheid wurde von der Gemeinde nicht beklagt und so wurden die Genehmigungen bestandskräftig.

Dann aber kamen der Gemeinde Bedenken. Denn auf dem Grundstück hätten sich angeblich doch Quellen befunden, so Machold beim gerichtlichen Ortstermin. Nachdem er aber weder ein Schriftstück noch einen Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes beigebracht hatte, erfuhr Machold eine Abfuhr vom Gericht.

Vorbescheid nicht beklagt

Nachträglich suchte die Verwaltung vergeblich nach Gründen für eine Anfechtung des Vorbescheids: So beinträchtigte die Erschließung die parallele Tiefgarageneinfahrt auf dem Nachbargrundstück und wecke Bedenken, da die Preysingstraße ein hohes Verkehrsaufkommen aufweise. Die Erschließung berge zudem ein erhöhtes Unfallrisiko und erscheine im Übrigen zu

schmal für die geplanten 14 Wohneinheiten, wurde angeführt. Außerdem sei die Bebauung zu dicht und die neuen Stellplätze seien für die Anwohner nicht zumutbar. Der Vorbescheid aber war zu diesem Zeitpunkt bereits bestandskräftig. Das aber wollte die Verwaltung nicht wahrhaben.

Mit Beschluss des Bauausschusses vom 26. September 2017 verweigerte die Marktgemeinde Wolnzach dem Bauantrag das gemeindliche Einvernehmen (nach § 36 BauGB). Lange Zeit passierte dann aber auf Seiten der Marktgemeinde gar nichts. Erst im März 2019 beklagte die Gemeinde Wolnzach die Baugenehmigung beim Verwaltungsgericht München. Als sich das Gericht im August 2019 an die Beteiligten wandte und darauf hinwies, dass ein *bestandskräftiger Vorbescheid mit Bindungswirkung* bestehe, reichte die Marktgemeinde Wolnzach erst wenige Tage vor dem Ortstermin eine Begründung nach – und das, obwohl der darin angeführte

Grund bereits schon seit fast einem Jahr bekannt war. Vorbescheid und streitgegenständliche Baugenehmigung nämlich gingen fälschlich von einer Innenbereichslage des Vorhabengrundstücks aus.

Die viel zu späte Begründung kam beim Gericht gar nicht gut an. Denn die Kammer hatte das Baugrundstück mit Urteil vom 10. Oktober 2018 als Außenbereich eingeordnet. Und das Landratsamt Pfaffenhofen hatte die Gemeinde daraufhin im November 2018 nochmals zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens angehört, und erteilte am 14. Februar 2019 die Baugenehmigung.

Das Verwaltungsgericht München lehnte daraufhin die Klage der Gemeinde Wolnzach ab. Denn zum maßgeblichen Beurteilungszeitpunkt existierte ein bestandskräftiger Vorbescheid, den die Gemeinde Wolnzach nicht angefochten und dessen Rücknahme sie nicht betrieben hatte. An dessen Inhalten müsse sie sich festhalten lassen, stellte das Gericht klar,

In der Begründung des Urteils stellt das Gericht ein erhebliches Versagen der Gemeinde fest: „Der Kläger hat es nicht nur versäumt, im Jahr 2016 den Vorbescheid anzufechten, sondern auch, in der Folge des Urteils der Kammer aus dem Oktober 2018 bis zum Ergehen der Baugenehmigung seine Rücknahme zu betreiben“.

„Unvernünftiges Handeln der Gemeinde“

Warum auch immer das unterblieb, wunderte wohl auch das Gericht. So heißt es im Urteil: „Eine vernünftig handelnde Gemeinde hätte direkt im Anschluss an dieses Verfahren, spätestens aber im Zuge der Anhörung zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens im Baugenehmigungsverfahren die Rücknahme des seit 2016 bestandskräftigen Vorbescheids betrieben.“ So sei doch spätestens mit dem Anhörungsschreiben klaggestellt worden, dass der Beklagte, also das Landratsamt (handelnd für den Freistaat Bayern), an seiner Rechtsmeinung festhalten würde.

Auch die von der Marktgemeinde Wolnzach vorgebrachten Argumente zur angeblich problematischen Grundwassersituation wurden vom Gericht als „nicht nachvollziehbar“ eingeordnet. Denn ein Gutachten des Wasserwirtschaftsamtes konnte die Gemeinde nicht vorlegen. Die Karte allein, auf der die anscheinend rechtswidrig verrohrten Quellen eingezeichnet waren, reichte dem Gericht nicht.

„Keine Hintertür für Versäumnisse“

So heißt es in der Urteilsbegründung: „Sämtliche klägerischen Ausführungen hierzu bleiben unsubstantiiert (Anm. d. Redaktion: = unbelegt), was für einen Angriff jedenfalls dann keinesfalls ausreicht.“ Etwaige Bedenken hätten im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für die Weiherverfüllung, d. h. im Jahr 2014, geltend gemacht werden können. Auch öffne sich „so nicht etwa eine Hintertür für Erwägungen, die vorzutragen im jeweiligen Verfahrensstadium versäumt wurden“.

Deutlich rügte das Gericht, dass der Gemeinde die Rechtsmeinung der Kammer bezüglich der Außenbereichslage seit dem 10. Oktober 2018 bekannt war, sie sich aber bis zum Antrag

auf Rücknahme des Vorbescheids im September 2019 elf Monate Zeit ließ. Auch habe die Gemeinde trotz Anhörung zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens im Rahmen des Vorbescheidverfahrens auf den Einsatz von Sicherungsmitteln nach §§ 14 f. BauGB, also einer Veränderungssperre, verzichtet.

Dies hätte die Gemeinde, wie 2014 von Marktgemeinderätin Marianne Strobl vorgeschlagen, leicht mit der Aufstellung eines Bebauungsplans regeln können, aber der Bürgermeister hatte diesen Vorschlag barsch abgewiesen. Bürgermeister und Bauamt vertraten die Meinung, ein Bebauungsplan sei hier nicht zulässig. Das aber sah das Gericht anders! Und das rächte sich später.

In aller Schärfe wirft das Gericht der Gemeinde Versäumnisse vor. Zitat: „Die Rücknahme des Vorbescheids hätte jede vernünftig handelnde Gemeinde direkt im Anschluss an das Urteil der Kammer aus Oktober 2018, spätestens aber im Zuge der eben erwähnten Anhörung betrieben.“

„Rechtsmissbräuchliche Verschleppung“

Dass sich der Markt nun erstmals am 10. Oktober 2019 und damit erst weniger als eine Woche vor der mündlichen Verhandlung auf die Außenbereichslage berief, spreche „unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände einzig dafür, dass der Kläger eine Verlegung bzw. Vertagung des Termins erzwingen

und den Prozess weiter verschleppen wollte“. Der Kläger habe damit letztlich auch „rechtsmissbräuchlich“ gehandelt, stellte das Gericht klar.

Wieso die Marktgemeinde ihre Klagebegründung trotz zeitiger Terminierung bis zum 10. Oktober 2019 „verzögerte“, blieb auch im Rahmen der mündlichen Verhandlung im Dunkeln. So schreibt das Gericht: „Dass die Kammer die Umstände des Falles an sich nicht mehr verwundert, sei bei alledem nur am Rande erwähnt, stellt das Areal doch seit Jahren einen Streitfall in der Gemeinde dar und werden Planungsabsichten nicht (ernstlich) betrieben“. Nach mehrfacher und nachdrücklich betonter Meinung aus dem Rathaus sei angeblich eine Planung gar nicht zulässig gewesen. Welch ein fataler Irrtum!

Sinnlos zum Fenster rausgeschmissenes Geld!

Das ganze Verfahren kommt die Gemeinde teuer – sinnlos zum Fenster rausgeschmissenes Geld! Und da Bürgermeister Machold trotz mehrmaligen Hinweises auf die Aussichtslosigkeit des Verfahrens die Klage nicht zurückzog, hat die Gemeinde nun auch die Kosten des Verfahrens einschließlich der außergerichtlichen Kosten der Beigeladenen zu tragen. Die Gerichtsgebühr wurde zudem dadurch höher, weil Machold auf einem Urteil bestand. Zumindest dieses Geld hätte man sich sparen können. Aber dann wäre all dies wohl nie bekannt geworden.

Das vollständige Urteil im Internet:

<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2019-N-30780?hl=true>



Die Pläne für die Ortsverbindungsstraße Eschelbach zur Staatsstraße konnte der Referent für Straßen und Verkehr, Peter Rech, bis heute nicht einsehen. Jeder weiß, dass landwirtschaftliche Fahrzeuge bis zu drei Meter breit sein können. Trotzdem wird eine Straße gebaut mit einer Fahrbahnbreite von nur sechs Metern. Ein Befahren des Banketts ist unausweichlich. Ein entsprechender Antrag zur Verbreiterung auf 7,50 wurde unterdrückt und so steht zu befürchten, dass der Ausbau dem Straßenverkehr nur sehr bedingt gerecht werden kann.

Die ökologische Energiewende und die leidende Elektromobilität

Von Matthias Boeck



Um ca. 1870 begann, mit der Erfindung des Ottomotors und wenig später des Dieselmotors um 1893, der massive weltweite Einsatz von Wärmekraftmaschinen. Damit begann quasi die Industrialisierung des vergangenen Jahrtausends.

Heute wird unser Energiebedarf zu rund acht bis zehn Prozent aus Sonne, Wind & Wasser und ca. 18 bis 20 Prozent aus der Kerntechnik, also in der Summe zu rund 30 Prozent aus Kohlendioxid(CO₂)-freier Energie erzeugt. Der Rest von etwa 70 Prozent kommt aus Holz und der Kohle, sowie aus Erdöl und Erdgas.

Klimakiller CO₂

Diese „kurzfristige Verbrennung der gebildeten Reserven aus Millionen von Jahren“ führt dazu, dass wir zu viele Gigatonnen CO₂ pro Jahr freisetzen, weil die Pflanzenwelt nur etwa 30 Prozent des CO₂ wieder absorbieren kann.

Zur Begrenzung wurden Klimaziele beschlossen, die aber eines systemtechnischen Lösungsansatzes bedürfen, der bisher leider fehlt. Erfolgt die Energiewende nicht, so wird von den Klimaexperten ein Anstieg der Weltmeere erwartet und das Umkippen der heutigen Meeresströmungen befürchtet.

Problem der Zwischenspeicherung

Weiter stehen wir, bei der Erzeugung von CO₂-freiem Strom aus Wind, Sonne & Wasser vor dem Problem der Zwischenspeicherung der Energie und dem Transport. Dies gilt, abgesehen von der elektrischen Eisenbahn auch deshalb, weil heutige Batterien nur ca. 150 Wattstunden (Wh) pro Kilogramm (kg) speichern, Lithiumbatterien zukünftig gut 300 Wh/kg, während demgegenüber im heutigen Diesel ca. 10.000 Wh/kg enthalten sind.

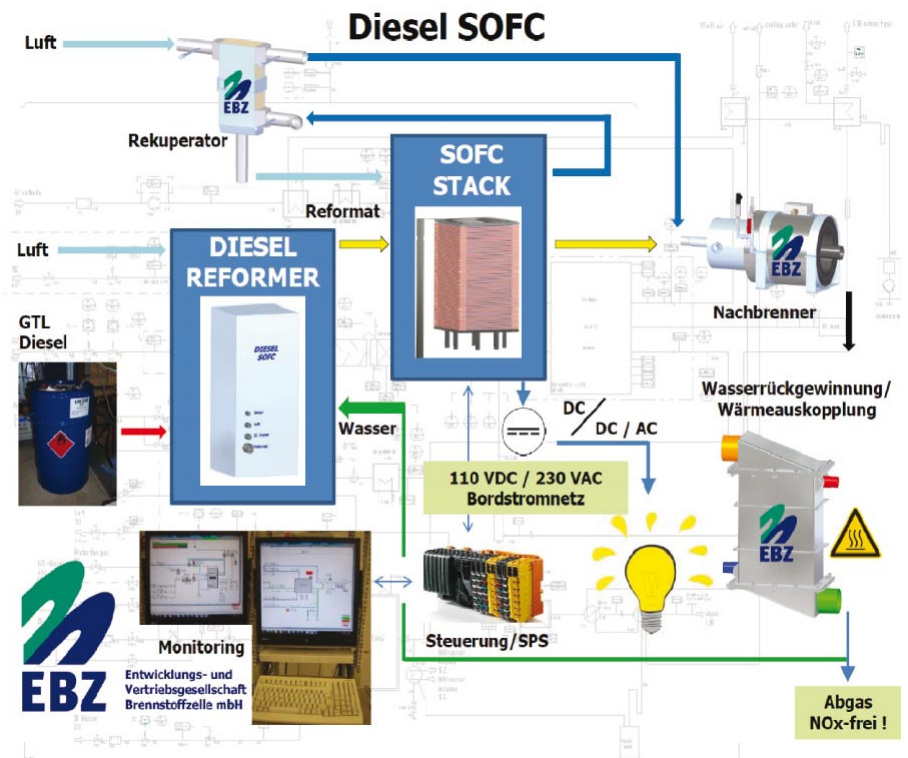
Wenn wir also weiterkommen wollen, dann haben wir, bis uns etwas Besseres einfällt – einmal abgesehen vom „Batterie-Kfz. mit ca. 40 bis ca.100 kWh für die Stadt“ oder für Sonderfahrzeuge – derzeit für die Mobilität nur sehr wenige sinnvolle und auch realisierbare Alternativen:

• Wir erzeugen über CO₂-freien Strom oder aus Abfallprozessen Wasserstoff (H₂) und verbrennen dieses in einer Polymerelektrolyt-Brennstoffzelle (PEM-Brennstoffzelle) und akzeptie-

Das Fischer-Tropsch-Verfahren ermöglicht:

- ▶ POWER-TO-LIQUID (PtL)
- ▶ GAS-TO-LIQUID (GtL)
- ▶ POWER-TO- DIESEL (PtD).

Gas-to-Diesel ist bereits heute – erzeugt aus dem „Abfallgas von Bohrlöchern“ – im industriellen Einsatz und anteilig zum Beispiel im V-Power



ren das umständliche und teilweise riskante H₂-Handling.

• Wir erzeugen über CO₂-freien Strom oder aus Abfallprozessen CH₄ (Methan) und speichern dieses, zur Verbrennung in Gasmotoren, der Heizung oder für andere stationäre Anwendungen.

• Wir erzeugen über CO₂-freien Strom oder aus Abfallprozessen H₂, verarbeiten dieses chemisch oder biologisch mit CO₂ weiter zu CH₄ (Methan), und erzeugen Kraftstoffe mit dem Fischer-Tropsch- Verfahren.

Diesel von Shell enthalten. Benützen wir zur Diesel-Herstellung jedoch CO₂-freie Energie, dann ergibt die nachfolgende „Verbrennung“ dieses PtL-Diesel einen CO₂-neutralen-Kreislauf“, den sogenannten

„Low-Carbon-Cycle“.

Wandeln wir das E-Diesel dann in einer mobilen SOFC-Brennstoffzelle (Festoxid-Brennstoffzelle) bei ca. 850 °C und bei Wirkungsgraden um ca. 40 Prozent, so entsteht ein Stickoxid(NO_x)-freier und CO₂-neutraler Strom und

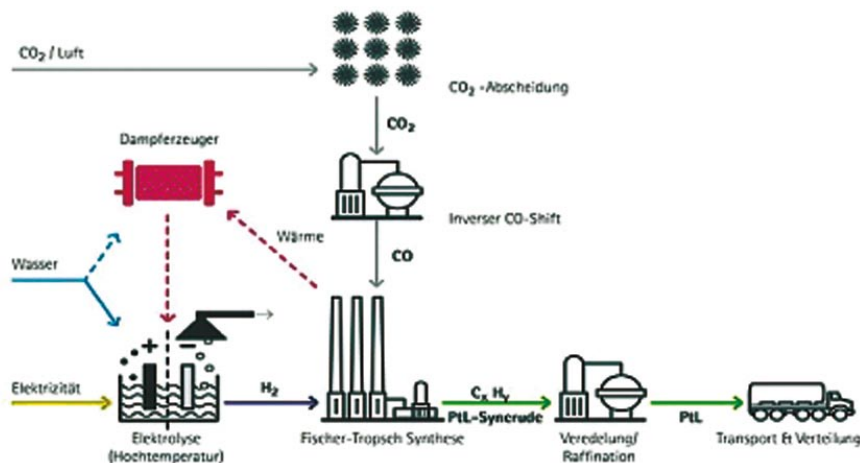
eine nutzbare Abwärme von ca. 500 bis 800 °C. Damit ausgerüstet hätte zum Beispiel ein „Diesel-SOFC-Hybrid-PKW“, im Vergleich zum 50 kWh Batterie-Auto, mit einer realen Reichweite von rund 100 bis 150 km, eine Reichweite von ca. 300 bis 500 km. Dieses Auto wäre leise und CO₂-neutral, würde für die Klima-Anlage fast keinen zusätzlichen Strom brauchen. Und es wäre am ca. 3 bis 9 kW-Hausanschluss ladefähig.

Denn der Rest käme, wenn notwendig, über den E-Diesel aus der Brennstoffzelle.

Und wir können weitgehend auf aufwendige und belastende Hochleistungs-ladestellen verzichten.

Für eine kleine industrietaugliche SOFC-Brennstoffzelle zur Stromerzeugung aus Diesel hat die Wolnzacher Firma A.S.T. die EBZ-GmbH in Dresden gegründet,. Sie hat in 2018 erfolgreich eine kleine SOFC-Diesel-Brennstoffzelle getestet und entwickelt derzeit eine erste 5 kW Diesel-Brennstoffzelle

Erst später ist mit ca. 20 bis 40 kW elektrischer Ladung an eine ausrei-



chendunabhängige Bordstromversorgung für die Elektromobilität zu denken, wofür aber noch ein erheblicher Forschungs- und Entwicklungs-Aufwand und auch ein entsprechender politischer Mut notwendig ist.

Power-to Diesel auch in Wolnzach!

Des Weiteren plant die EBZ dazu noch eine mobile „1 MW Power-to-Diesel-Anlage“ und damit die Herstellung von synthetischem Diesel aus Energie als CO₂-neutrale Alternative.

Dieser Weg ist nach Auffassung der Experten für die Mobilität unbedingt notwendig und auch möglich.

Es wäre ratsam, mit dem Verbot des Diesel-Autos noch etwas zu warten. Denn wenn es die politische Mehrheit im Marktgemeinderat Wolnzach zulässt und das nicht juristisch oder aus ökologischen Gründen verbietet, könnten wir ggf. mit dem Diesel-Auto dann wieder CO₂-neutral zum Bahnhof fahren. Sogar Rudolf Diesel, mit seiner Erfindung aus dem Jahr 1893, wäre dann nicht mehr so beleidigt wie heute.

Wer hat den Prüfbericht weitergegeben ?

Marktgemeinderat Peter Rech stellt klar: „Ich war es nicht!“

Der vom Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) turnusmäßig erstellte Prüfungsbericht für Wolnzach ist vor Monaten zumindest schon in Teilen vor Monaten an die Zeitung gelangt. Dem zufolge ist auch aus dem Bericht zitiert worden.

Seitdem stellen sich viele Wolnzacher die Frage: **Wer hat den Prüfungsbericht an die örtliche Zeitung weitergegeben ?**

In Wolnzach gelang es zwei Gemeinderäten nach monatelangem Ringen, Einsicht in den gewünschten Prüfungsbericht zu bekommen. Die beiden Gemeinderäte durften nur lesen – Unterlagen bekamen sie nicht ausgehändigt! Wenn man nur lesen darf, aber keine Unterlagen erhält, dann kann man nichts nach außen weiterleiten. Das ist eigentlich logisch: Wer nichts in der Hand hat, kann auch nichts weitergeben.

Wer vom Bürgermeister oder vom Geschäftsleiter den Prüfungsbericht innerhalb der Rathaus-Verwaltung (oder wer sonst) den Bericht erhalten hat, darüber verweigert der Bürgermeister die Auskunft. Stattdessen liest man von einem nebulösen Verdacht, der offensichtlich von vielen so verstanden wurde, dass Marktgemeinderat Peter Rech den Bericht weitergegeben haben könnte. Rech: „Ich wiederhole ausdrücklich: Wer nichts ausgehändigt bekam, konnte auch nichts weitergeben !“

Aber der *Pfaffenhofener Kurier* hat sich nach eigener Darstellung den Prüfungsbericht beschaffen können. Wo ist also das „Datenleck“ zu suchen? Die Einsicht nehmenden Gemeinderäte können es nicht sein, sofern nicht doch Kopien an – aus Sicht der Verwaltung – „vertrauenswürdige“ Gemeinderäte weitergegeben worden sind. Das jedoch weiß nur die Verwaltung.



Dieser Reißnagel sticht: Max Wallner will mit der BGW solch ein Reißnagel sein, der die Kommunalpolitik anpiekst und den Markt in Bewegung bringt. Beim kommunalpolitischen Aschermittwoch erhielt jeder Besucher ein kleines Tütchen mit 24 Reißnägeln (stellvertretend für die BGW-Listenkandidaten) als Give-away. (Foto: W. Seemann)

Nachruf auf die Markt-Entwicklungs-Gesellschaft (MEG)

Eine wirtschaftspolitische Zusammenfassung aus den Jahren 2005 bis 2020

Von Matthias Boeck

Der Markt Wolnzach hat bis etwa zum Jahr 2004, analog zu den umliegenden Gemeinden, durch den Einkauf von Grundstücken, welche er für die Ansiedlung bzw. Umsiedlung von Betrieben teilweise stark subventioniert hat, eine nicht gerade sehr erfolgreiche Wirtschaftsförderung betrieben. Dies lag im Wesentlichen auch daran, dass Wolnzach im Einzugsbereich von Ingolstadt, München und Regensburg sich gegen die infrastrukturellen Vorteile dieser Städte behaupten muss.

Der Marktgemeinderat und der Bürgermeister haben deshalb am 7. August 2004 der vom damaligen Wirtschaftsreferenten dazu vorgetragene Möglichkeit zum alternativen Einstieg in eine „kapitalorientierte Wirtschaftsförderung“ zugestimmt und die MEG (Markt-Entwicklungs-Gesellschaft mbH, Wolnzach) ins Leben gerufen.

Bedauerlicherweise haben Teile der CSU-Gemeinderäte im September 2005, trotz eines positiven Votums zum Ausbau der MEG, dem vom Wirtschaftsreferenten veranlassten Finanzierungsangebot der Kreditanstalt für Wiederaufbau über rund 50 Mio. Euro

(für die damals sehr gute Kondition < 3 % Festzins auf zehn Jahre) nicht zugestimmt. Es wurde deshalb ab 2006 auf diesem Hintergrund nur der Einstieg in das „Projekt WMH-Herion“ im Planumfang von ca. 4 Mio. Euro durch die MEG beschlossen.

Weitere Projekte waren damit nicht darstellbar. Die Sache führte deshalb später auch zum merkwürdigen Finanzskandal um den damaligen Bürgermeister Josef Schäch. Trotz dieser Sachlage ist festzustellen, dass sich das Wolnzacher MEG-Modell zunächst hervorragend bewährt hat und durch die Unterstützung und Ansiedlung von

über 100 Arbeitsplätzen letztlich zehn Jahre lang jeweils rund 37.000 Euro pro Jahr verdient hat.

Die MEG wurde später vom nachfolgenden CSU- Wirtschaftsreferenten übernommen und bis 2018 systematisch „ins Aus“ gesteuert. Und sie ist dann in 2018/2019 zusammen mit dem Wirtschaftsreferenten den Bach hinunter gegangen.

Das heißt, die MEG konnte nur noch durch eine scheinheilige Umfirmierung zur erneuten Grundstücksgesellschaft gehalten werden. Der Markt hat somit, unter der politischen Führung der CSU und deren Mitstreiter nach gut 15 Jahren nicht nur eine ehemals ertragreiche Markt-Entwicklungs-Gesellschaft verloren, sondern auch viele Arbeitsplätze und Visionen für Wolnzach.

Und das ist wirklich gut, weil der Bürgermeister von Wolnzach einfach so weitermacht und damit auch zur „ökologischen Unterstützung der Wirtschaft in Wolnzach“ auf mehr Pendler und weniger Arbeitsplätze setzt. Wenn das nicht reicht, dann bleibt uns ja noch die Belebung durch diverse merkwürdige Kabarettentscheidungen der heutigen Marktgemeinderats-Mehrheit, sowie einer völlig untätigen MEG-Führung und eines visionslosen Bürgermeisters.

Also, Wolnzach, wohin gehst Du ?

Was ist aktuell eigentlich mit der MEG los?

In einem CSU-Wahlflyer liest man, dass der Markt „für über 3 Millionen Euro Flächen erworben“ habe. Und weiter: „Hierzu hat der Markt eigene Flächen angekauft“. An anderer Stelle hingegen heißt es, die Markt-Entwicklungs-Gesellschaft (MEG) habe solche Flächen gekauft. Ist das nicht das gleiche? Nein, so ist es nicht!

Im Jahre 1892 wurde im Reichsgesetzblatt eine neue Gesellschaftsform verkündet: „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ (GmbH). Sie entwickelte sich zu einem ‚Renner‘ und ist auch heute noch die erfolgreichste Gesellschaftsform in Handwerk und Gewerbe. Sie ist ja auch praktisch: Man gibt ihr ein Stammkapital (heute sind es mindestens 25.000 Euro) und kann beruhigt seinen Geschäften nachgehen. Das Privatvermögen bleibt im Falle eines ‚Scheiterns‘ verschont. Nur das Vermögen der GmbH wird herangezogen.

1998 wagte sich auch Wolnzach auf das unternehmerische Parkett, gründete die „Markt-Entwicklungs-Gesellschaft

Wolnzach mbH“ und stattete sie mit einem Stammkapital von einer Mio. DM aus, was später in eine Mio. Euro umgewandelt wurde. Einbezahlt ist diese Stammeinlage allerdings bis heute noch nicht vollständig.

Geschäftsführer braucht eine GmbH natürlich auch. Deshalb wurden Verwaltungsangestellte aus dem Rathaus dazu ernannt. Die Gemeinde haftet aber nicht selber, obwohl sie Alleingesellschafterin ist (das ist gerade der „Clou“ bei der GmbH).

Die MEG hat die Grundstücke gekauft, nicht die Gemeinde. Man sollte das schon auseinanderhalten. Dass die Gemeinde selber auch noch zusätzlich als Käuferin tätig war, gehört *nicht in den „gleichen Topf“*. Eine andere Frage ist: Wie sind diese 3 Mio. bei der MEG abgesichert? Die MEG kann diese Sicherheiten für die Bank nicht stellen. Nachdem der Jahresabschluss der MEG noch nicht im Unternehmensregister eingegangen ist, bleibt wieder einmal alles im Dunkeln.

Impressum:

Herausgeber:

Gesko-Kommunikationssysteme GmbH, Wolnzach
v. i. S. d. P.: Matthias Boeck
Hopfenstr. 28-30,
85283 Wolnzach
www.marktinfo-wolnzach.de

Redaktion:

Wolfgang M. Seemann
Redaktionsbüro Freising
www.wseemann.de

*Nachdruck und elektronische
Publikation nur mit Genehmigung
der Redaktion!*